

Zum Schluss richtete Flandin einen dringenden Appell an die Kammer, ihm zu folgen. Der Mann auf der Straße, der Durchschnittsfranzose, würde sich, nachdem in

Vom dem
In den
Deutsche
seines
konnte
Erfolg
hundert,
läßt sich
Abwehr
Bedeutung
Für
Veren
seines
hatte
Einmal
fische
andere
behrlich
lich. Da
deutsche
lich wer
der Dicht
Ansel-Ver
unter der
und diese
rungen" an
mehr als
deutsche
find heute
geworden
Annahme
Über die
verfälscht
worfrage
vor allem
der Deutsche
sucht nach
der Fern
ihre befrei
sche in Den
geben noch
Man muß
nach arde
Gründe un
schenglich
liche Rede
stimmt wird
Fall ist.
Deshalb
Sach, "Rein
gedruckt
von der
wort bei
geliebtes
Stellung
Regeln au
lichen Her
Sprache
Natürlich
seiner At
niedrig
gängerin
findet in
uralte v
verläßt u
Sehen f
festgesch
schullehr
dessen von
ihrem P
unter ihm
seinen V
war vor
Professor
vielleicht
einfache
Schüler
Sprachre
auf und
nach de
Erich Sch
rufene, E
Sprachve
johne, de
spiel dien
Hochschu
engere P
und die
diese Er
in ihrer
Ziele des
zu sein.
Schmidts
den Krieg
Sprachre
mancher
ter Bezei
fragt, ein
flehte. Er
"Wächter
und "Hof
ten". Er
"indisch",
denamen
heißt in
1
Stück
328
3
Stück
908

Die Lage Danzigs.

Gaulleux Forster zur Abwertung des Danziger Guldens.

DNB Danzig, 30. Mai.

Am letzten Mittwoch waren vier Wochen vergangen, seitdem die Danziger Regierung den folgenden Entschluß zur Abwertung des Danziger Gulden fassen mußte. Der Danziger Gaulleux Forster nahm diesen Tag zum Anlaß, um nach den schweren Wochen, die die Danziger Bevölkerung durchgemacht hat, einen "Ein offenes Wort" über die Lage Danzigs zu schreiben. Der Danziger Gaulleux Forster betont einleitend, daß durch die Guldenabwertung, die mit materiellen Opfern der gesamten Bevölkerung verbunden gewesen sei, zweifellos ein gewisses Vertrauen entstanden sei. Dennoch könne man behaupten, daß alle Danziger, die die Aufklärungsversammlungen der NSDAP besuchten, zu der Überzeugung kommen würden, daß die Guldenabwertung nicht eine Folge der Politik der Danziger NSDAP sei. Der Gaulleux Forster betont dann eingehend mit der früheren Entwertung Danzigs.

Er betont, daß die Ursache allen Unglücks und aller Ereignisse in Danzig ausschließlich dem Vertrag zugunsten der Polen sei.

Alle früheren Danziger Regierungen hätten jedes Jahr das zwangsläufige Entstehen der finanziellen Not durch Kredite, teils durch das Geld, das sie aus dem Reich für dorthin geleistete Erzeugnisse erhielten, zugekoppelt. Bei allen möglichen Entlastungen im Ausland seien von den früheren Regierungen Schulden in Höhe von insgesamt 115 Millionen Gulden gemacht worden. Dafür sei nicht nur der ganze Grundbesitz Danzigs verpfändet, sondern zugleich der Danziger Bevölkerung eine furchtbare Last auferlegt worden, die

ne in Form von Steuern im Laufe der Jahrzehnte abgetragen müßte. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß die Zinsen und Rückzahlungen für diese Anleihe in Gold zu erfolgen hätten. Die früheren Regierungen hätten sich eben die Arbeit leichter gemacht. Gaulleux Forster betonte dann, daß

die nationalsozialistische Danziger Regierung trotz allem die Guldenabwertung hätte vermeiden können, wenn nicht ein Teil der Danziger Bevölkerung durch spekulative Devisen- und Goldkäufe die Lage verschlimmert hätte. Die gegenwärtigen Vorgänge in Frankreich, das das meiste Gold der Welt besitze, sei ein Beweis dafür, daß letzten Endes nicht Gold eine Währung decken könne, sondern daß größere Deckung für eine Währung das Vertrauen der Bevölkerung zu ihrer Währung sei.

Der Gaulleux Forster nahm dann scharf gegen das Treiben der Oppositionsparteien Stellung, die versuchen, aus diesem ersten Ereignis einen parteipolitischen Nutzen herauszufischen. Ihr Verhalten sei eine Verantwortungslastigkeit dem Deutschen gegenüber, wie man sie größer nicht denken könne. Wir werden, so schloß Gaulleux Forster, in der Lage sein, alle Schwierigkeiten zu meistern, wenn die Danziger Bevölkerung selbst die Nerven behält und vernünftig ist. Danzig hat nun einmal, nicht durch unsere Schuld, vom Schicksal diesen schweren Weg, der mit dem Jahre 1919 begann, vorgezeichnet erhalten. Wir müssen daher mehr denn je alle miteinander die Hände zusammennehmen und in dem Bewußtsein handeln, daß es hier nicht um Geld und wirtschaftliche Dinge in erster Linie geht, sondern um das in dieser Stadt seit ihrer Gründung herrschende deutsche Volkstum. Dafür hat jeder einzutreten, ganz gleich, ob er sich als Nationalsozialist fühlt oder nicht. In solchen Zeiten darf es in Danzig keine inneren Gegensätze und keine Parteien mehr geben, sondern nur noch Deutsche, die ihre Pflicht tun für das Vaterland.

Die Nira endgültig erledigt?

Amerikas Bevölkerung wünscht Beibehaltung der NIRA-Codes.

Roosevelts Stellungnahme für heute erwartet.

DNB Washington, 30. Mai.

Das Urteil des Obersten Bundesgerichtes, das die Ungeheuerlichkeit der Nira-Gesetzgebung ausgesprochen hatte, hat in den weitesten Kreisen der amerikanischen Bevölkerung schwere Bestürzung hervorgerufen. Am heutigen Morgen haben sich die Aufsichtsinstitute, die die Nira-Gesetzgebung durchführten, und Arbeiter die Aufforderung richteten, durch freiwillige Uebernahme der allgemeinen Richtlinien der Nira-Gesetzgebung, diese in ihrem bisherigen Rahmen fortzuführen und ihren Fortbestand wenigstens provisorisch zu sichern. Die Ansichten darüber, ob eine solche freiwillige Unterordnung unter die Nira-Bestimmungen deren Bestand für die Dauer sichern kann, gehen auseinander. Die Befürworter, daß die Nira-Gesetzgebung ohne Strafanordnung und ohne bundesamtlichen Druck an Wirksamkeit einbüßen könnte, ist allgemein weit verbreitet.

griff in die einzelstaatliche Souveränität bedeuten würde. Es sei daher, so wird weiter betont, auch keine Möglichkeit gegeben, selbst durch die strengere Formulierung der Kongressermächtigung an das Weiße Haus, ein wirksames Mittel zu schaffen, um die bundesgerichtliche Entscheidung praktisch außer Kraft zu setzen.

In politisch unterrichteten Kreisen wird erwartet, daß der Bundespräsident am Freitag in einer öffentlichen Proklamation seine Stellungnahme zum Nira-Urteil bekanntgeben wird und gleichzeitig an alle Unternehmer und Arbeiter die Aufforderung richten wird, durch freiwillige Uebernahme der allgemeinen Richtlinien der Nira-Gesetzgebung, diese in ihrem bisherigen Rahmen fortzuführen und ihren Fortbestand wenigstens provisorisch zu sichern. Die Ansichten darüber, ob eine solche freiwillige Unterordnung unter die Nira-Bestimmungen deren Bestand für die Dauer sichern kann, gehen auseinander. Die Befürworter, daß die Nira-Gesetzgebung ohne Strafanordnung und ohne bundesamtlichen Druck an Wirksamkeit einbüßen könnte, ist allgemein weit verbreitet.

nachbarten Schweiz gebracht wurde, klingt durchaus erfreulich. Nicht nur deshalb, weil Österreich durch jenen Tradition mit dem Schweizer Nachbarn verbunden ist, sondern auch deshalb, weil darin das Bestreben zu liegen scheint, das es notwendig ist, den Deutschen in der Welt liberal gleich zu behandeln, den deutschen Schweizern nicht anders als den deutschen Österreicher. Damit wird ein einflussreicher Punkt angegangen. Was Österreich für sich fordert und glaubt mit Recht für sich fordern zu können, läßt sich in drei Formeln zusammenfassen:

1. Die grundsätzliche gleiche Behandlung,
2. die Anerkennung grundsätzlicher Gleichheit des Rechts und
3. die Anerkennung der gleichen Ehre.

Über alles andere kann man mit den Österrechern reden, über diese Punkte niemals.

Italiens unbefriedigende Antwort.

Weitere Maßnahmen der Unterzeichnermächte in Vorbereitung.

DNB London, 30. Mai.

Außenminister Simon teilte am Mittwoch im Unterhaus in Beantwortung einer Anfrage des Oberleutnants Moore mit, daß die Antwort der italienischen Regierung auf die gemeinsamen Vorstellungen Englands, Frankreichs und Italiens wegen der Wiederherstellung normaler Regierungsverhältnisse im Mittelmeergebiet von der britischen Regierung als unbefriedigend angesehen werde. England habe sich mit den Regierungen Frankreichs und Italiens in Verbindung gesetzt, um eine Entschelung über weitere angemessene Maßnahmen herbeizuführen.

Deutscher Luftlocarnopaktentwurf.

In London überreicht.

DNB Berlin, 30. Mai.

Die Reichsregierung hat der englischen Regierung auf deren Wunsch den Entwurf eines Luftlocarnopaktes übergeben, wie dies schon früher seitens der französischen und italienischen Regierung geschehen ist.

Vor weiterer Erhöhung der italienischen Heeresstärke?

DNB London, 30. Mai.

Gewisses Aufsehen erregt in der englischen Presse ein Reutersbericht, wonach Mussolini weitere 200 000 Mann unter die Waffen berufen will. Reuters berichtet, daß diese neue Mobilisierung damit begründet werden solle, daß es notwendig sei, die Befestigungen, die man bei auswärtigen Kriegen bezüglich der Grenzgrenze habe, zu zerstören. Nach Reuters werde Mussolini, wenn die weitere Mobilisierung durchgeführt sei 1,1 Millionen Mann unter Waffen haben.

"Evening Standard" schreibt zu dieser Meldung, daß Mussolinis Entscheidung auf Vergrößerung des stehenden italienischen Heeres zum Teil auf französischen diplomatischen Druck zurückzuführen sei. Die Franzosen befürchten, daß das Interesse des Duce für Abessinien zu einer Schwächung derjenigen Kräfte führen könnte, die in Europa zur Aufrechterhaltung des Status quo bereitstünden. Mussolini habe erklärt, daß er Mann für Mann die Kräfte ersetzen werde, die er nach Abessinien schide.

farben fränken Gold abgegeben. Auf Ersuchen des Finanzministers hat der Justizminister eine Unterbrechung gegen die Spekulationen eingeleitet. Der Finanzminister soll dem Justizminister das notwendige Aktenmaterial in die Hand gegeben haben.

Als wirklame Maßnahmen gegen die Spekulation schlägt der „Paris midi“ ein Gesetz vor, das die Währungsspekulation mit einer 100 prozentigen Strafsteuer auf den Gewinn belegt, so daß der Spekulant von vornherein weiß, daß sein etwaiger Gewinn nur dem Verlust anheim fällt, daß er aber im Falle eines Mißlingens der Spekulation ganz allein den Verlust zu tragen hat.

Anschlag auf Pierre-Cot.

DNB Paris, 30. Mai.

Der frühere Luftfahrtminister und radikalsozialistische Abgeordnete Pierre Cot hielt am Mittwoch in Versailles einen Vortrag über die zweijährige Dienstzeit. Die Zuhörerschaft nahm seine Ausführungen zum Teil mit Unwillen auf. Einer der Anwesenden prögte dem Redner eine ähndende Flüssigkeit ins Gesicht. Pierre Cot mußte sich sofort von zwei Wärtern die rechte Gesichtshälfte verbinden lassen, konnte aber eine halbe Stunde später seinen Vortrag beenden. Die Polizei hat fünf Zuhörer verhaftet.

Deutschland geltende „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ respektieren, so unannehmbar wäre für uns die Fortsetzung der Anerkennung der Einheit von Partei und Volk dort, wo Volk und Staatsgrenze nicht zusammenfallen.

Österreich hat nie einen Zweifel darüber gelassen, und wird es, solange wir leben, auch in aller Zukunft nicht tun, daß es sich als deutscher Staat bekennt. Der österreichische Nationalsozialismus ist eine innerösterreichische Angelegenheit und unterliegt ausschließlich der Souveränität unseres Staates. Daß er im neuen Österreich keinen Platz haben kann, beruht nicht zuletzt darin, daß wir die Auffassung, daß die Sicherung des Deutschen die Vernichtung Österreichs voraussetze, wie es in einem viel zitierten grundlegenden Werke heißt, niemals teilen können. Uns aus dieser Grundeinstellung heraus des Volkswerrates zu zeihen, vermag einer gerechten Prüfung nicht standzuhalten.

Schulzinnig erklärte dann die Beziehungen Österreichs zu den Staaten. Dabei erwähnte er ganz besonders Italien, bei dem Österreich auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet verhältnismäßig Entgegenkommen findet. Gerade diese Beziehungen zu Italien werden von der sogenannten nationalen Antipropaganda zu hemmungsloser Zerkleinerung des österreichischen Volkes mißbraucht. Ich stelle fest, daß Italien niemals aus nur den leiblichen Versuch einer innerpolitischen Einmischung in Österreich unternommen hat, und daß die Fabel von der politischen Abhängigkeit in den Bereich tendenziöser Erfindungen gehört.

Schulzinnig wandte sich gegen die Forderung nach einer Volksabstimmung und sagte: Mancher österreichischer Nationalsozialist regnet immer darauf, bei den parlamentarisch-demokratisch orientierten Mächten des Westens mit dieser Forderung auf Sympathie und Verständnis zu stoßen. Aber, so läßt sich sagen, eine Volksabstimmung am 25. Juli und auch an den nachfolgenden Tagen und beim Veldenbegangnis des Führers und auf dem Wiener Heidenplatz und leidet fast Sonntag für Sonntag landauf, landein. Das Ergebnis bleibt: Das freie, nach allen Seiten unabhängige Österreich!

Deutschland gilt dann im Besonderen zu dem

Verhältnis Österreichs zu Deutschland

Über und sagte u. a.: Ich kann nur das wiederholen, was Dollfuß ununterbrochen in aller Öffentlichkeit sagte: Die von uns wohl nicht niedrigste Spannung mit dem deutschen Reich erfüllt uns mit tiefer Trauer. Sie hat seit über zwei Jahren das friedliche Nebeneinanderleben der beiden deutschen Staaten auf das empfindlichste zu hören vermocht. Ich vermute es abzüglich, all diese tiefbedauerlichen Vorfälle anzuführen, die diese Spannung in den letzten zwei Jahren gekennzeichnet haben. Wir Österreichler sind aber nicht nachtragend, sondern jedermann gegenüber gern bereit, in eine ungetrübte Friedenshand einzuwilligen. Aber bisher haben wir sie noch nicht deutlich gesehen.

Für eine Normalisierung der Beziehungen selber mühen bleibt die zügigste, aber keine Schlichtung frei und ohne offene oder versteckte Einflüsse von außen aufzuheben, sondern Grenzen entgegen zu können.

Vor einigen Tagen hat der Herr Reichsminister zu den Problemen Stellung genommen, die die Welt wegen. Was der Herr Reichsminister über die Notwendigkeit des Friedens sagte, wird von uns natürlich reiflich unterzogen. Österreich wünscht nichts schmerzlicher, als daß der Menschheit eine neuerliche Katastrophe eines Krieges erspart bleibe, und Österreich ist überall dort zu finden, wo Bemühungen am Werke sind, eine solche zu verhindern. Die Frage der Räte und Sicherheitsgarantien, die derzeit die internationale Diskussion be-

Versäumte Gelegenheiten.

de Broqueville klagt darüber, daß man keine Wahrung zu einer Verständigung mit Deutschland nicht befolgt hat.

Dormwürfe gegen Frankreich.

DNB Brüssel, 30. Mai.

Im belgischen Senat fand am Dienstag eine außerordentliche Aussprache statt, bei der der ehemalige Ministerpräsident de Broqueville, der seit seinem im vorigen Jahre erfolgten Rücktritt nicht mehr vor der Öffentlichkeit gesprochen hatte, das Wort ergriß. De Broqueville erinnerte an die große Rede, in der er am 6. März vorigen Jahres vor dem Senat die Notwendigkeit einer europäischen Politik betonte. In dieser Rede hatte der damalige Ministerpräsident sich für gleichberechtigte Beziehungen Deutschlands eingeklagt und die Bemühungen auf die diskriminierenden Bestimmungen im Vertrag des Versailler Vertrages abgelehnt, um die Gefahren weiterer politischer Unsicherheit und eines Rüstungswettlaufes zu vermeiden.

In seinen Ausführungen am Dienstag klagte de Broqueville darüber, daß man seinen Worten nicht Gehör geschenkt habe. Er habe sich im Vorjahre bemüht, die öffentliche Meinung über die Vorteile eines Rüstungsbegrenzungsabkommens aufzuklären und zu beweisen, daß es nicht möglich sei, als Grundlage für eine solche Vereinbarung die Bestimmungen des Teiles V des Versailler Vertrages beizubehalten. An dem Abbruch eines solchen allgemeinen Abkommens habe er ein Höchstmaß von Chancen zur Vermeidung eines allgemeinen Rüstungswettlaufes gesehen. Italien und England hätten ein solches Abkommen damals gewünscht. Wenn Belgien abseits geblieben wäre, hätte es die Hauptgaranten seines internationalen Sicherheitsstatus, England und Italien, verstimmt. De Broqueville schloß mit dem Hinweis, daß

laufe seines Rücktritts auf die politischen Geschehnisse des letzten Jahres.

Wie Frankreich die Bemühungen Englands, Italiens und Belgiens zum Scheitern gebracht und wie der damalige französische Außenminister Barthou sich bemüht habe, durch eine Bündnispolitik die Sicherheit Frankreichs zu erhöhen, wodurch gerade das Gegenteil von dem erreicht worden sei, was de Broqueville beabsichtigt habe.

Es sei bedauerlich für ganz Europa, erklärte der Redner weiter, daß es damals zum Abbruch eines Rüstungsabkommens nicht gekommen sei. Jetzt stehe man vor einem Europa, das bewaffnet sei denn je. De Broqueville stellte fest, daß angesichts der heutigen Lage Belgiens Sicherheit fast ausschließlich auf dem guten Einvernehmen der Locarno-Mächte beruhe. Die Erklärung, die der deutsche Reichsminister zum Locarno-Vertrag im Reichstag abgegeben habe, sei eine feierliche Versicherung, daß Deutschland jede freiwillig gegebene Unterdrückung. Zum Schluß forderte der ehemalige Ministerpräsident die Regierung auf, in ihren Bemühungen zur Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen nicht nachzulassen. — Die Rede wurde von einem Teil der Zuhörer mit starkem Beifall aufgenommen.

Eine bemerkenswerte und vernünftige Rede hielt auch der sozialistische Senator Rollin, der erklärte, daß die Reichstagsrede des deutschen Reichsministers eine Entspannung der internationalen Lage herbeigeführt habe. Bei den Bemühungen zur Sicherung des Friedens könne man nicht an der Mitarbeit Deutschlands vorbeigehen. Deshalb müsse man mit Deutschland frei und offen und unvoreingenommen verhandeln.

folge des Krieges schon einmal ein Währungsauflagenbruch eingetreten sei, nicht damit abschließen, daß er sein schwer erarbeitete Geld wegen der Freiheit der parlamentarischen Vertreter eine neue Wertminderung erfahren sollte.

Flandrin hatte, als er nach Beendigung seiner Rede das Regierungsgemitter in der Kammer aufsuchte, einen Schwächeanfall. Der ihn begleitende Arzt nahm sich des Ministerpräsidenten an. Nachdem Flandrin sich etwas erholt hatte, kehrte er in das Ministerpräsidium zurück.

Die Ausführungen Flandrins wurden von der Kammer kühl aufgenommen. Die Ankündigung des Rücktritts des Finanzministers hat nicht sonderlich überrascht. Nach der Rede Flandrins wurde die Weiterberatung auf 21.80 Uhr vertagt.

In 6 Tagen für fünf Milliarden Gold abgegeben.

Maßnahmen gegen das Spekulantentum.

DNB Paris, 30. Mai.

„Paris midi“ berichtet, daß der Goldabfluß aus der Bank von Frankreich am Mittwoch etwa 1 1/2 Milliarden Franken betragen habe. Innerhalb von sechs Tagen habe die Bank von Frankreich für fünf Mil-

Österreichs Außen- und Innenpolitik.

Eine Rede des Bundeskanzlers.

DNB Wien, 29. Mai.

Auf der Tagesordnung der Bundesratsitzung am Mittwoch stand nur die Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg über die Außen- und Innenpolitik Österreichs.

Er erklärte, Österreich habe die Belastungsprobe bestanden, politisch, wirtschaftlich, staatsfinanziell. Der Neubau des neuen Österreichs schreitet genau nach den Plänen seines vereinigten Führers fort. Heute sei auch Gelegenheit, auf Österreich und Europa bewegende außenpolitische Fragen und zwischenstaatliche Beziehungen zu erörtern. Eine solche Erörterung sei aus dem Grunde besonders aktuell, weil der Chef der Regierung des Deutschen Reiches in seiner programmatischen Reichstagsrede vom 21. Mai unter Bezugnahme und direkter Nennung Österreichs auf diese Probleme zu sprechen gekommen sei, indem sie wiederholte eindeutige Klarstellung des österreichischen Standpunktes hierzu wohl unerlässlich bleibe.

Die Arbeiten der Gesetzgebung im letzten halben Jahr, so sagte Schuschnigg u. a., waren ermöglicht durch eine immer stärkere Konsolidierung aller Berufsstände und ihrer Organisationen im Rahmen der vaterländischen Front sowie durch eine starke Durchdringung unserer Bevölkerung mit dem vaterländischen Gedanken. Zeigte die politische Entwicklung eine durchaus konsequente Linie, so konnte in handelspolitischer Richtung manche glückliche Erfolg verzeichnet werden. Diese Erfolge werden dann im einzelnen aufgeführt und als Ergebnis festgestellt: Wenn es im Jahre 1934 gelungen ist, das Handelspaßsystem auf 290 Millionen Schilling zu legen und die gleich günstige Entwicklung auch im laufenden Jahre ansetzt, wie es erfreulicherweise der Fall ist, dann spricht diese Tatsache deutlich genug für die gesunde wirtschaftspolitische Entwicklung Österreichs. Es sei ausdrücklich betont, daß Österreichs Politik die Ausdehnung des wirtschaftlichen Verkehrs nach keiner Seite hin behindern wird. Österreichs Politik ist nicht nach dem benachbarten Deutschen Reich, auch nach dieser Richtung werden wir bisher die Voraussetzungen für eine gegenseitige Belebung des Handelsverkehrs, die beiden Teilen gleichmaßen zugute kommt, in Auge gefaßt. Die Bankrate, die am 1. Dezember 1934 4 1/2 Prozent betrug, ist heute auf 4 Prozent gesunken. Der Sparanlagenstand hat am 1. Dezember 1934 2131 Millionen Schilling betragen, am 1. Mai 1935: die Sparanlagen sind somit um 138 Millionen Schilling gestiegen.

Schuschnigg kündigte eine auf weite Sicht sich ausrichtende Agrar- und Gewerdepolitik an. Zur Sicherung des neuen Österreichs sind wir, so sagte der Bundeskanzler, verpflichtet, Vorkehrungen zu treffen für die geistige und materielle Wehrkraft unseres Volkes. Für die geistige Wehrkraft vorzuziehen, ist Aufgabe der Schule. Die Bezeichnung „Österreichische Schule“ muß auch ihrem Geist entsprechen. Insbesondere muß außer jedem Zweifel gestellt sein, daß ein Bildungsprivileg, das einen Freibrief gebe für die Handlungen und Stellungen gegen das Vaterland, in Zukunft nicht geben darf. In Ergänzung der Schule wird es Aufgabe der vaterländischen Jugendbewegung sein, auch ihrerseits in Zusammenarbeit mit den Kräften der Schule dazu zu sorgen, daß die geistige Wehrkraft der jungen Generation mobilisiert werde.

Die Öffentlichkeit weiß, daß Österreich den Anspruch auf volle Gleichberechtigung angestrebt hat, ein billiges Verlangen, gegen welches kaum ernste Argumente ins Treffen geführt werden können. In der Forderung nach militärischer Gleichberechtigung ist einbezogen das Verlangen nach Wegfall jener Beschränkungen, die uns die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verbieten. Nur Österreich selbst kann entscheiden, wann und wie es von seinen wiedererlangten Rechten Gebrauch macht.

Wir wollen erreichen, daß wie das alte Vaterland, auch das neue Österreich weithin sichtbar repräsentiert sei durch den makkabischen Geist seines Wappentodes.

Die Regierung und der Nationalsozialismus.

Nach kurzer Erörterung der Wehrverbände erklärte Schuschnigg u. a.: Daß Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern erforderlich sind, beweisen nicht nur die bitteren Ergebnisse des vergangenen Jahres, sondern sie werden auch in der Tatsache begründet, daß immer noch, wenn auch zahlenmäßig unbedeutende, in bestmöglicher Weise agitierende Kräfte im Lande am Werke sind, die ihre Aufgabe darin erblicken, nach Möglichkeit Unruhe zu erzeugen. Eines sei vorweg genommen: Die Wehrkraft Österreichs ist auch heute stark genug, um jede Abenteuerlust, sofern sie solche noch zeigen sollte, im Keime zu ersticken. Ich gebe der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß dem Lande jede weitere Wunde erspart bleibt. Mit Beharrlichkeit wird über den angeblichen Barbatismus Österreichs bei Behandlung seiner politischen Händelinge Klage geführt. Nach dem Stande vom 28. Mai 1935 zählen wir in Österreich insgesamt 1734 politische Häftlinge; von diesen befinden sich 351 im Lager Mauthausen. Beschwerden und Klagen in diesem Lager sind bisher überhaupt noch nicht laut geworden. In besonderer Weise aber ist die subversive Propaganda der geheimen nationalsozialistischen Organisationen zu verurteilen, die österreichische Außenpolitik des Volkswerrates zu zerschlagen. Hierzu sei eine Feststellung vorausgeschickt: Für uns gilt die strenge Unterwerfung, an die wir uns abso-

lut halten. Mit dem reichsdeutschen Nationalsozialismus haben wir uns in keiner Weise zu befassen. Er ist für uns ein reichsdeutsches Angelegenheit, gegenüber welcher wir nicht interessiert sind, sofern er sich auf die eigenen Staatsangehörigen bezieht. Es selbstverständlich wie daher das in

Vom deutschen Sprachverein.

Zu seinem 50jährigen Bestehen.

Von
Ernst Detmold.

In den Tagen des Pfingstfestes feiert der Deutsche Sprachverein die 50. Wiederkehr seines Gründungstages. 1885 ins Leben gerufen, konnte er im geeinten deutschen Vaterlande auf mehr Erfolg hoffen als seine Vorgängerinnen im 17. Jahrhundert, die „Sprachgesellschaften“. Sein Hauptstreben läßt sich kurz in die beiden Begriffe zusammenfassen: Abwehr des Fremdwortausdrucks und Wiedergewinnung der Liebe zur Muttersprache.

Für Erreichung dieser beiden hohen Ziele fand der Verein Arbeit vor, und auch heute ist diese Arbeit noch keineswegs überflüssig geworden. Gefundener Sprachreichtum hatte sich ja immer gegen die Fremdwörtergefahr gestäubt. Einmal lauten viele in Deutschland gebrauchte französische Bezeichnungen im wirklichen Französisch ganz anders, und dann sind die meisten lange für „unentbehrlich“ gehaltenen Fremdwörter sehr schnell vergänglich. Daher kommt es, daß so viele inhaltlich wertvolle deutsche Schriften so beklagenswert schnell unverständlich werden. Das erschlatternde Beispiel ist unser größter Dichter Goethe. Er im Jahre 1808 wurde beim Insel-Verlag in Leipzig eine Auswahl seiner Werke unter der Bezeichnung „Goethes Werke“ herausgegeben und dieser ein Verzeichnis von über 500 „Wortklärungen“ angehängt. Das hieß mit anderen Worten: mehr als ein halbes Tausend Ausdrücke des größten deutschen Dichters nur in seinen bekanntesten Werken sind heute für uns nach erst 75 Jahren unverständlich geworden! Und das Traurige an der Sache war: diese Annahme war vollkommen richtig!

Über die Bezeichnungen „geschmacklos“ und „unverständlich“ treffen doch nicht den Kern der Fremdwortfrage. Ihr Bestehen ist wie so manches andere vor allem zu erklären durch die traurige Tatsache, daß der Deutsche seine an sich durchaus berechtigten Sehnsucht nach der Ferne nicht befreit, sondern sich von ihr beherrschen läßt. Man verfolgt heute alles Undeutsche in Denken, Sitte und Brauch; aber an der Sprache gehen noch viele mit geschlossenen Augen vorüber. Man muß sich aber vor Augen halten, daß das Streben nach artdeutschem Denken und Handeln im letzten Grunde unschätzbar bleibt, solange das zwischenmenschliche Denken und Handeln, die menschliche Rede, noch so überzeugend vom Fremden her bestimmt wird, als es bis auf den heutigen Tag der Fall ist.

Deshalb war auch der oft gehörte, gut gemeinte Satz „Rein Fremdwort für das, was deutsch gut ausgedrückt werden kann“ sehr an der Stelle; denn er ging von der falschen Voraussetzung aus, daß das Fremdwort die Form sei, die wir als gute Deutsche in unser geliebtes Deutsch zu übertragen hätten. Eine solche Stellung zur Muttersprache entspräche bestenfalls den Regeln äußerlicher Lebensart, nicht aber einem wirklichen Vergegnungsverhältnis, wie es jedes Volk zu seiner Sprache haben muß.

Natürlich blieben dem Deutschen Sprachverein bei seiner Tätigkeit die Abregeln mancher Willkür ebenso wenig erspart, wie seinen einflussreichen Vorgesetzten. Wer deutsche Sprachgeschichte erforscht, findet in ihr Dugende guter Werke, die uns heute unklar vorkommen, aber bei ihrer ersten Einführung verachtet und bekämpft worden sind.

Einen sehr unruhigen Abschnitt deutscher Geistesgeschichte bildete lange das Verhältnis der Hochschullehrer des Deutschen zum Deutschen Sprachverein, dessen von ihm übernommener Streben doch wohl zu ihrem Pflichtgebiet gehört hätte. Wenig hat es auch unter ihnen manche gegeben, die den Sprachverein in seinen Bestrebungen beraten und gefördert haben, so war vor allem der noch heute rühmlich schaffende Giesener Professor Wegmann, der die Begleiter waren, wenn vielleicht nicht stärker an der Zahl, so doch bedeutend einflussreicher; sie stammten vorwiegend aus der Schule des Berliner Professors Wilhelm Scherer. Von Scherer selbst ist wohl keine Äußerung über den Sprachverein auf uns gekommen, da er schon ein Jahr nach dessen Gründung starb. Aber schon 1889 erließ Erich Schmidt, Scherers Nachfolger, eine vielbesprochene „Erklärung der 41 Führer“ gegen den Sprachverein. Unter diesen „Führern“ waren einzelne, deren Sprache höchstens als abfälliges Beispiel dienen konnte; der Hauptteil war eine Anzahl Hochschullehrer, die als Schriftsteller kaum über den engeren Fachkreis hinaus bekannt geworden waren, und die wenigen wirklichen Meister der Sprache, die diese Erklärung mitunterzeichnet hatten, haben später in ihrer überlebenden Mehrheit bekannt, aber die Ziele des Sprachvereins in Irrtum gefangen gewesen zu sein. — Noch schlimmer wurde es unter Erich Schmidt's Nachfolger Roethe; dieser stießte bis in den Krieg um deutsche Dasein hinein gegen den Sprachverein und gab, über die amtliche Einführung mancher deutscher, gewohnheitsmäßig längst gebräuchter Bezeichnungen an Stelle früherer Fremdwörter befragt, ein Gutachten ab, das ihn auf schlimmste Bloßstellung. Er stemmte sich dabei gegen die Einführung von „Bücherei“ und „völlig“, weil „die Endungen „-erei“ und „-ig“ meistens herabsetzenden Bezeichnung hätten“. Er dachte dabei nur etwa an „Kinderei“ und „Hindig“, aber nicht an die durchaus ehrenvollen Ständebenen (etwa Gärtner) und Volksbezeichnungen (spanisch). Und das Allerletzte war: das Wort „deutsch“ heißt in alter Form blutig, und blut heißt Wolf,

also wölflisch; wölflisch, das von Roethe bekämpfte Wort! Und diese Ungeheuerlichkeit verkündete ein deutscher Lehrer des Deutschen an der größten deutschen Hochschule!

Der Sprachverein ist ungeachtet solcher Unruhmlichkeiten seinen Weg gegangen. Seine bis jetzt bekannteste Aufgabe war wohl die Sicherung des ersten Entwurfs zum Bürgerlichen Gesetzbuch von Fremdwörtern. Außerdem hat er für manche Stände und Gewerbe Verdeutschungen

besten herausgegeben, sowie ein Buch „Deutscher Sprache Ehrenrang“, das jedem die Schönheit und den Reichtum der deutschen Sprache vor Augen führt. Mögen nun auch alle, die es angeht, dieses Lob nicht nur in Worten, sondern auch in Taten verkünden! Denn wahr bleibt, was einer unserer Meister der Sprache, Peter Moser, einst an den Sprachverein geschrieben hat: „Jeder deutsche Dichter und Schriftsteller ist mit Ihnen, es kann und darf gar nicht anders sein!“

Die Zukunft des Schwurgerichts

Staatssekretär Freisler für Verbeibaltung, aber bessere Eignung der Laienrichter.

Die Auswahl der Geschworenen.

Berlin, 29. Mai.

Neben der amtlichen Strafrechtskommission, die sich mit der Ausarbeitung des zukünftigen Strafgesetzbuchs befaßt, ist vom Reichsjustizminister Dr. Gürtner eine Kommission gebildet worden, der die Aufgabe gestellt ist, ein den Anschauungen des neuen Staates entsprechendes Strafverfahrensrecht auszuarbeiten. Um einen Einblick in den Aufgabenkreis dieser Kommission zu geben, nimmt der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Freisler in dem demnächst erscheinenden Juni-Heft der „Deutschen Juristen-Zeitung“ Stellung zu der wichtigen Frage der Neugestaltung des Schwurgerichts. Soll das Schwurgericht überhaupt erhalten werden, wie ist in Zukunft die Auswahl der Geschworenen zu handhaben — lautet z. B. die von Staatssekretär Freisler gestellten Fragen. Zu dem ersten Problem erklärt der Staatssekretär:

Mit dem Worte „Schwurgericht“ verbindet das Volk die Vorstellung einer von ihm anerkannten hohen Autorität; es leuchtet ein, daß das nicht in der Arbeitsweise, daß es vielmehr in der Bezeichnung dieses Gerichtes mit dem höchsten Strafrang begründet ist. Wir handeln deshalb, weil wir der Vorstellung des Volkes folgen, richtig, und weil wir damit zugleich einen hohen Wert für die Strafrechtspflege sichern, auch dann, wenn wir auch künftig dieses Gericht „Schwurgericht“ nennen. Gerade dasjenige Gericht, das neben dem Volksgericht — wohl am meisten in seiner Arbeitstätigkeit bestraft wird, das Schwurgericht, soll deshalb schon in der Form seiner Erscheinung und in den äußeren Formen seiner Arbeitsweise eine eindrucksvolle Wirkung ausüben. Daher ist es berechtigt, die Zahl der Geschworenen nicht zu klein zu wählen. Die in der großen Zahl von Berufs- und Laienrichtern zum Ausdruck kommende besondere Aufmerksamkeit, die die Volksführung dem gerade zur Verhandlung anstehenden Fall widmet, ist ein ständiger und wirksamer Hinweis auf die besondere Wichtigkeit, die einem Gericht, das auch über Tod und Leben befindet, von der Volksführung und

somit vom Volk selbst beigemessen wird. Deshalb sollte man unter die Zahl von sechs Geschworenen nicht heruntergehen.

Staatssekretär Dr. Freisler wendet sich dann gegen das frühere System der Auswahl der Geschworenen zur Entscheidung berufenen Laienrichter und führt hier aus:

„Das System seiner Berufung zum Richter war, alles in allem betrachtet, ein System zur Sicherung der Ausübung möglichst jeder Vernunft. Der Zweck war die Ausschaltung jeder Einflusnahme an sich, weil im Hintergrund die Furcht stand, eine solche Einflusnahme könne mißbraucht werden, könne der Objektivität der Beurteilung des einzelnen Falles abträglich sein. Daher war es möglich, daß Laien Richter wurden, die für dieses Amt durchaus ungeeignet waren, daß vielfach die Geschworenen- und Schöffenbank eine Art Opposition im Organismus der Rechtspflege selbst darstellten. Aus Mißtrauen ist diese Regelung entstanden; aus dem Mißtrauen des Volkes gegen den ihm gegenüberstehenden Staat; mit dem Schwinden dieses Mißtrauens, mit der Erringung der natürlichen Einheit von Volk und Staat, ist auch die Ursache für diese Regelung geschwunden. Die Vernunft, die hohe Verantwortung für die Aufgabe der Rechtspflege gebietet, den einzelnen Richter, insbesondere den Laienrichter, so genau, so sorgfältig wie möglich auszuwählen, ihm sein Amt nur nach Prüfung seines Charakters, seiner Einstellung zur nationalsozialistischen Volksführung und seiner Urteilskraft anzuvertrauen.“

Darüber hinaus wird zu prüfen sein, ob nicht für manche Fälle ein Weg gefunden werden muß, der auch bei der Berufung der Richter die Eignung für die Entscheidung des Falles gerade vorliegenden besonderen Fällen mitentscheidend sein läßt. Schließlich ist es unverantwortlich, dem Zufall zu überlassen, ob auch nur einer der bei der Entscheidung eines Falles mitwirkenden Richter etwas vom Sonderlebensgebiet, aus dem heraus Täter und Tat entstanden sind, versteht.“

Zehn Jahre Zuchthaus für den Franziskanerbruder Epiphany.

Der dritte Devisenprozeß gegen ein Mitglied katholischer Orden.

Eine Erklärung im Auftrage der deutschen Bischöfe.

O Berlin, 29. Mai.

Wegen fortgesetzten Devisenverbrechens verurteilte das Berliner Schnellgericht den Angeklagten Franziskanerbruder Otto Goertel, genannt Bruder Epiphany, aus Waldbreitbach (Kreis Neuwied) zu insgesamt zehn Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 350 000 Mark Geldstrafe bezw. weiteren 27 Monaten Zuchthaus. Außerdem wurde die Einziehung von nom. 6436-Mark-Aktien und eine halbe Million Wertpapiere angeordnet. Wegen der Beträge haften die Caritas GmbH.

Die Anklage warf dem in Zivil erschienenen Franziskanerbruder vor, daß er zunächst mit Hilfe des berichtigten, in Holland sich aufhaltenden Bankiers Dr. Hofius, nach früherer Aufnahme eines Kredits von 900 000 Gulden (1,6 Millionen Mark) bei einer holländischen Bank durch das Franziskanerkloster, ohne befürwortende Genehmigung ein Teil der Obligationen aus ausländischem Besitz zurückgekauft und ab Juni 1932 ohne Vermittlung von Hofius die Ende des vergangenen Jahres systematisch Reichsmarkbeträge, die der Angeklagte selbst auf 400 000 Mark schätzte, über die deutsche Grenze nach Holland gebracht, sowie auch andere Wertpapiere in Holland gekauft habe, die zur Ablösung eines bei der Landesbank der Rheinprovinz aufgenommenen Hypothekendarlehens von 400 000 Goldmark zur Abdeckung infändlicher Verbindlichkeiten des Ordens sowie zur Bezahlung der Kosten für Bauten in Waldbreitbach und Darmstadt dienten.

Die Vernehmung des Angeklagten.

Der Angeklagte Bruder Epiphany gab auf die Frage des Vorstehenden, ob er sich schuldig fühle, seine Verneinung zu. Er schilderte dann zunächst die Organisation des Ordens, der 20 Niederlassungen in Deutschland, in der Hauptstadt Anstalten für Geisteskranke und Kranke, sowie fünf Niederlassungen in Amerika, Holland und Italien besitzt. Nach der Bilanz verfügte der Orden über ein Vermögen von rund 12 Millionen Mark. Diese Schätzung sei aber gültiger, fesselt und zwar mit Rücksicht auf die seinerzeitige anstehenden Anleiheverhandlungen. Die Auslandsanleihen selbst, die den Gegenstand der Verhandlungen bildeten, seien von seinem Vorgänger abgeschlossen worden. Der Gesamtsumme der eigenen Obligationen sei von dem damaligen Leiter der Universitätsbank, Dr. Hofius, ausgegangen.

Vom Vorstehenden befragt, wie er das zum Rückkauf der Obligationen benötigte Geld über die deutsche Grenze nach Holland geschafft habe, erwiderte Bruder Epiphany: Das ging sehr einfach. Ich habe es in die Tasche gesteckt und mit hinübergenommen.

Welter wurde erörtert, daß der Angeklagte auf umgekehrtem Weg dann wieder große Beträge von Aktien über die deutsche Grenze ins Ausland schmuggelte. Am Anschluß hieran verlas der Vorstehende eine Eingekerkelungsbefehl, die von dem holländischen Staatsanwalt mit dem Angeklagten geführt wurde. In einem dieser zum ausländischen Devisenstellen vorliegenden Briefe heißt es u. a.: „Heute kam ich Ihnen die freudige Mitteilung machen, daß wieder ein großer Gewinn für die Caritas durch die Veräußerung der Aktien erzielt wurde, die Sie mir überlassen haben.“

Vorstehender: Haben Sie sich denn die Folgen dieser Handlungswelt gar nicht überlegt?

Angeklagter: Das Ausmaß nicht. Vor zwei Jahren dachte man darüber etwas leichter.

Schließlich wies der Vorstehende noch darauf hin, daß der Angeklagte auch eine unrichtige Volksverratsanzeige erstattet habe, die jedoch im heutigen Verfahren nicht zur Anklage führe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung stellte der Vorstehende fest, daß der Orden durch die Geschäfte des Angeklagten einen Gewinn von rund 500 000 RM erzielt habe, wobei noch der Verdienst aus den Rückkäufen der eigenen Obligationen nicht berücksichtigt worden sei.

Der Antrag des Staatsanwalts.

Der Vertreter der Anklagebehörde erklärte: Unbeeinträchtigt von irgendwelchen ausländischen Zeitungsnachrichten, welche die Devisenlage Deutschlands nicht verstehen können oder wollen, und unbeirrt durch die zahlreichen Drohbriefe, die in der letzten Zeit der Staatsanwaltschaft zugegangen sind, ist es hier meine Aufgabe als Vertreter des Staatsinteresses zu prüfen, ob der Angeklagte sich strafbar gemacht hat und, wenn ja, welche Strafe ihm für sein Vergehen treffen soll. Durch das Geschäft des Angeklagten sei seine Schuld erwiesen. Er gebe zu, 400 000 Mark über die deutsche Grenze geschmuggelt zu haben. Durch nachträgliche zahlungsmäßige Retentionen müsse jedoch als erwiesen angesehen werden, daß er in Wirklichkeit annähernd 680 000 Mark über die Grenze verschoben hat, und zwar unter dem Schutz der Grenze vertrieben hat, und zwar unter dem Schutz der Grenze vertrieben hat, und zwar unter dem Schutz der Grenze vertrieben hat.

Unter Würdigung aller dieser Umstände beantragte der Staatsanwalt wegen vorläufigen Devisenverbrechens

in mehreren Fällen eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren, fünf Jahren Ehrverlust sowie eine Geldstrafe von 400 000 Mark, an deren Stelle im Nichtbeibringungsfalle weitere vierzig Monate Zuchthaus treten sollten. Schließlich sollte noch ein Betrag von 600 000 Mark sowie ein 36-Mark-Aktienpaket eingezogen werden. Für die Geldstrafe und den Wertesatz sollte die Mithaftung der Caritas GmbH ausgesprochen werden.

Das Plaidoyer des Verteidigers.

Der Verteidiger des Angeklagten erklärte in seinem Plaidoyer, daß ihm die Verurteilung als Straftäter und auch als deutscher Katholik erschwert worden sei. Die deutschen Straftäter seien der Auslandspresse keineswegs dankbar für die Art ihrer Berichterstattung. Wenn die ausländische Presse glaube, die Kirche und die Caritas und damit die deutschen Katholiken in ihrer Gesamtheit mit dieser Art von Devisenverbrechen in einem Atemzug genannt zu werden, so irre sie sich gewaltig. Diese Aussagen in der Auslandspresse seien schädlich daran, daß hier als Einleitung seines Plaidoyers die Erklärung abgegeben müsse, daß die Kirche mit diesen Straftaten nicht das geringste zu tun habe. Er sei beauftragt, in aller Öffentlichkeit zu betonen, daß die deutschen katholischen Bischöfe mit aller Schärfe von diesen Angeklagten abtrüben. Sie betrauten diese Leute, die ihr deutsches Vaterland und ihre Kirche so schwer geschädigt haben, keinesfalls etwa als Mätrner.

Der Verteidiger ging dann auf die Gründe ein, die nach seiner Ansicht eine wesentliche mildere Beurteilung seines Mandanten erforderlich, als es in dem Strafentwurf des Staatsanwalts zum Ausdruck komme. Als Hauptargument führte er an, daß der Hauptschuldige des heutigen Prozesses, Dr. Hofius, nicht auf der Anklagebank liege, sondern ins Ausland geflüchtet sei. Dr. Hofius sei ein gewisser, den Angeklagten zu seinen Verfehlungen verführt habe. Im übrigen könne man den Angeklagten nicht mit gänzlichem Devisenverbrechen auf eine Stufe stellen. Er habe keine Pflicht und Schuldigkeit für sein Vaterland in hervorragendem Maße erfüllt. Auch in seiner zehnjährigen Tätigkeit als Betreuer der Kranken habe er sich große Verdienste erworben.

Die Urteilsbegründung.

In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende des Schnellgerichts u. a. darauf hin, daß es sich hier um einen besonders schweren Fall von Devisenverbrechen handle, und zwar um die Verschlebung von etwa 600 000 Reichsmark. Neu sei im Gegensatz zu den früheren Verfahren, die Tatsache, daß der Angeklagte durch Verkauf von 36-Mark-Aktien im Ausland einen Gewinn von 300 000 Reichsmark erzielt habe. Bei dem Verkauf der 36-Mark-Aktien handle es sich um ein typisches Spekulationsgeschäft, wie es alle Devisenverbrecher begingen. Wenn der Angeklagte sich auf das Interesse des Ordens berufe, könne ihm nur entgegen gehalten werden, daß er bei diesem Geschäft dem Staat ein Verbrechen, der der Armut Leben wolle mit der gewinnbringenden Spekulation in das Licht gebracht haben habe. Schließlich sei der Angeklagte als Angehöriger eines Ordens, der in der Vergangenheit als Betreuer der Kranken hervorgetreten sei, in einer geradezu unfassbaren Weise zu bedenken, und gewissensgegenüber dem deutschen Volk vorzugehen, indem er sich sagte, wenn ich hier eine solche Chance zum Geldverdienen sehe, nehme ich sie wahr. Man könne nur sagen, daß der Angeklagte im Sinn eines Hochverrats unter dem Ordenskleid tiefenfeindliche Beträge zum Schaden des deutschen Volkes und des deutschen Reiches ins Ausland gebracht habe. Wenn auch nur hundert Leute in Deutschland in demselben Umfang wie der Angeklagte geschädigt hätten, wäre unermessliches Unglück die Folge gewesen.

Sechs Tote durch Hauseinsturz.

DNB Newport, 30. Mai.

Eine furchtbare Gasexplosion ereignete sich am Mittwoch in einer der am dichtesten besiedelten Straßen Newports. Die Explosion brach in dreizig Sekunden in der 21. Straße zum Einbruch. Sechs Personen kamen bei dem Unfall ums Leben, während zehn Personen mit zum Teil schweren Verletzungen unter den Trümmern geborgen werden konnten.

Die von dem Unglück betroffene Gegend besteht vor allem aus alten Wohnhäusern, sogenannten „Glenstafers“, in denen sich auch viele kleine Läden und Garagen befanden. Die Explosion rief eine ganze Hausfront heraus. Zahlreiche Hilfskräfte der Polizei und Feuerwehr versuchten nach erfolgter Brandlösung noch Überlebende zu bergen.

In 12 wurde im Hause Leffingstraße 10 ein Gasfenster und Munitionslager entdeckt, bei dem sich auch mehrere Gasfenstergefahr befanden.

Seit dem 17. Mai wurde ein in Douanengebührenmeter Fischfutter vermischt. Da angenommen werden muß, daß er bei den damals herrschenden Stille untergegangen ist, wurden die an Bord befindlichen 11 Mann auf die Totenliste gesetzt.

Das in der Nähe von Bromberg gelegene Dorf Hopfen ist am Mittwoch von einer Feuerbrunst heimgelugt worden. Sechs Geschäfte sind vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend. Von dem Unglück sind auch deutsche Bauern betroffen worden.

Hauptstadtschlichter und verantwortlicher für Politik: Dr. Georg Heider, Münster i. W.; für Münster und das Münsterland: Fritz Bodiger, Münster i. W.; für Westdeutschland: Otto Heins Lobbe; für Füllingen: Peter Schaub; für Handel und Sport: Dr. Anton Henkel, sämtlich in Dortmund; Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde; für den Zeno-Anzeigenteil: Verlagsleiter Dr. Erich Altmeyer, Münster i. W. Druck: Zeno G. m. b. H., Münster i. Westf.

Zur Zeit gültiger Anzeigen-Tarif für die Zeno-Gesamtauflage Nr. 5 vom 15. 2. 35.

Durchschnittsaufgabe IV. 1935: Zeno-Zeitung insgesamt 42 843.

enthaltend: Ahlener Volkszeitung, Ahlen, 3251; — Allgemeine Zeitung, Coesfeld, 5767; — Borkener Zeitung, Borken, 8173; — Bürgerblatt, Emmerich, 1818; — Dülmener Zeitung, Dülmen, 1877; — Halterner Zeitung, Haltern, 1775; — Kreiszeitung, Ahaus, 3150; — Münsterländische Volkszeitung, Rheine, 4123; — Emmericher Tageszeitung (Lingen, Papenburg), Rheine, 1818; — Neuer Emmericher, Warendorf, 2585; — Tagblatt, Ochtrup, 1600; — Volksblatt, Bocholt, 6342; — Volksblatt, Wesel, 926; — Volkszeitung, Emde, 2854; — Volkszeitung, Dorsten, 1979.

1 Stück 32-3
3 Stück 90-3



PALMOLIVE-SEIFE

Mehr als Seife - ein Schönheitsmittel

HERSTELLER: PALMOLIVE-BINDER & KETELS G.M.B.H. HAMBURG

